



Bericht aus dem Ständerat



Wintersession 2017



Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern

Liebe Leserin, lieber Leser

Seit nunmehr zwei Jahren setzen wir uns im Ständerat gemeinsam für die Zürcher Interessen ein. Eine gute Zusammenarbeit der Standesvertreter ist unverzichtbar: Nichts schadet dem Einfluss eines Kantons in der kleinen Kammer mehr als Uneinigkeit seiner Vertreter bei Themen, die für ihn von Bedeutung sind. Unseren Willen, unser Gewicht gemeinsam zugunsten Zürichs in die Waagschale zu werfen, bringen wir ja schon seit der ersten Session der Legislatur auch mit diesem gemeinsamen Sessionsbericht zum Ausdruck.

Zu den Themen, die uns über die zwei Jahre hinweg und auch in dieser Session beschäftigt haben, gehören Europa – als exportorientierte Wirtschaftsregion im Herzen Europas sind wir auf verlässliche internationale Beziehungen und insbesondere auf ein gutes Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten angewiesen –, die Verteidigung des Rechtsstaats – der unser Land und seine Bewohnerinnen und Bewohner vor Willkür und Unrecht schützt – und die Stärkung des Wirtschafts- und des Forschungsplatzes Zürich, beispielsweise wenn es um finanzielle Mittel für einen unserer zentralen Standortvorteile, die ETH Zürich, geht. Wir freuen uns darauf, auch in der zweiten Legislaturhälfte unseren Beitrag zu leisten, dass Zürich aus Bern Rückenwind erhält.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern schöne Weihnachten und schon jetzt alles Gute fürs neue Jahr!



Ruedi Noser

Kontakt:

Daniel Jositsch: www.jositsch.ch, sekretariat@jositsch.ch, www.facebook.com/danieljositsch, Twitter: @danieljositsch
Ruedi Noser: www.ruedinoser.ch, ruedi@noser.com, www.facebook.com/Ruedi.Noser, Twitter: @RuediNoser

Rasa – die Sackgasse bleibt

von Daniel Jositsch



Dass die Schweiz mit der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) in eine europapolitische Sackgasse gekommen ist, war im Ständerat unbestritten. Dabei ging es nicht darum, ob der damalige Volksentscheid richtig war oder nicht, sondern vielmehr, wie damit umzugehen ist. Die MEI sieht ein Ende der Personenfreizügigkeit vor, was das Ende des bilateralen Prozesses mit der Europäischen Union (EU) bedeuten würde. Gleichzeitig hat eine Mehrheit des Volkes genau diesen bilateralen Weg mehrfach bestätigt. Was also tun? Das Parlament hat vor einem Jahr eine so genannte «Umsetzung light» gewählt und damit den Verfassungsauftrag der MEI nicht vollständig erfüllt. Das heisst; die MEI wurde im Kern nicht umgesetzt. Obwohl das Parlament das machen kann, denn es gibt (ausser dem Referendum) kein Verfassungsgericht oder eine andere Instanz, die das Parlament daran hindern könnte. Aber aus demokratiepolitischen Gründen ist diese Vorgehensweise sehr unschön. Denn sie führt unweigerlich zu einer Politikverdrossenheit, deren Folgen im Ausland bereits zu erkennen sind. Wenn Volksinitiativen nicht wirklich umgesetzt werden, resigniert ein Grossteil der Bevölkerung, weil viele Menschen berechtigterweise den Eindruck erhalten, dass auch in einer direkten Demokratie Volksentscheide vom Parlament nicht uneingeschränkt respektiert werden. Andere dagegen betrachten Volksabstimmungen nur noch als symbolisch, wo man einmal seiner Befindlichkeit Ausdruck verleihen kann (also ein Zeichen setzen kann), ohne dass das ernst zu nehmen wäre. Im Ausland führt das dazu, dass Parteien wie die AfD gewählt werden, entweder um die etablierten Kräfte zu schwächen oder weil man mal ein Zeichen setzen will. Solche Verhältnisse möchten wir in der Schweiz sicher nicht.

Das Parlament hatte nun die Möglichkeit, diesen Missstand zu beheben, indem es einen Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative hätte unterstützen können. Die – inzwischen zurückgezogene – Rasa-Initiative selbst wollte die MEI rückgängig machen, was ein extremer und demokratiepolitisch hoch riskanter Weg gewesen wäre. Ein Gegenvorschlag hätte den Missstand zwischen der Verfassung und dem Umsetzungsgesetz beheben können. Leider hat der Ständerat (entgegen den Stimmen beider Zürcher Standesvertreter) diese Gelegenheit nicht wahrgenommen. Schade; denn im Europadossier haben wir damit keine Fortschritte erreicht, aber einen kolossalen demokratiepolitischen Kollateralschaden erlitten.

Via sicura – ein Schritt zurück?

Im Jahr 1970 starben in der Schweiz rund 1'700 Menschen im Strassenverkehr; 2016 waren es noch rund 250. Diese markante Abnahme und positive Entwicklung ist verschiedenen Massnahmen geschuldet. Einen wesentlichen Teil dieser Entwicklung macht die härtere Gangart aus, die mit konsequenten Strafen dazu geführt hat, dass die Strassenverkehrsregeln wesentlich besser eingehalten werden. Letztes Element in dieser Entwicklung war die Vorlage «Via sicura». In diese sind die in der «Raser-Initiative» geforderten Massnahmen gegen Autofahrer, die die Höchstgeschwindigkeit massiv überschreiten und damit eine grosse Gefahr schaffen, fast vollständig eingeflossen. Darin wird unter anderem vorgesehen, dass Raser bei massiven Geschwindigkeitsüberschreitungen in jedem Fall mit 1 bis zu 4 Jahren Freiheitsstrafe bestraft werden. Ein Ermessensspielraum zur Würdigung des Einzelfalls bleibt dabei praktisch nicht. Ein Vorstoss aus der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen sieht nun vor, dass diese Strafnorm moderat eingeschränkt werden soll, um dem Richter unter bestimmten Umständen einen Handlungsspielraum einzuräumen. Obwohl ich damals an der Raser-Initiative mitgearbeitet habe, muss ich einräumen, dass diese Anpassung sinnvoll ist, weil die jetzige Lösung zwar in 99 Prozent der Fälle richtig ist, im verbleibenden einen Prozent aber zu rechtstaatlich fragwürdigen Situationen führen kann.

Ein Blick hinter die Kulissen des Stöckli

Ständeräte brauchen Sitzleder! Dies nicht, weil die Sitzungen besonders lang wären. Im Gegenteil, meist sind diejenigen im Nationalrat wesentlich zeitraubender. Sitzleder brauchen Ständeräte, weil sie in der Vereinigten Bundesversammlung sehr unbequem sitzen. Dabei muss man wissen, dass Ständeräte zwei Sitze haben; einen in ihrem Saal und einen im Nationalratssaal für die Sitzungen der Vereinigten Bundesversammlung. Diese kommt vor allem für Wahlgeschäfte zusammen (insbesondere Bundesratswahlen). Da Ständeräte diesen Sitz im Nationalratssaal nur selten benützen, hat man beim Bau des Bundeshauses hier wohl gespart und sich auf ein schlichtes Holzklappstühlchen beschränkt. Wer keinen ganz unproblematischen Rücken hat und nicht über die notwendige Gesässpolsterung verfügt, leidet nach einer Stunde Vereinigte Bundesversammlung unweigerlich. Zu beneiden sind da die Jurassier: Da beim Bau des Bundeshauses der Kanton Jura noch nicht existiert hatte, mussten die entsprechenden Stühle nachträglich eingefügt werden. Dabei hat man zwei bequeme Ledersessel in den Saal gestellt. Also: wer zu spät kommt, wird vom Leben nicht immer bestraft!

Daniel Jositsch



Zürcher Sitz in der Vereinigten Bundesversammlung



Jurassische Sitze in der Vereinigten Bundesversammlung

Ein Wort zum Sonntag

von Ruedi Noser

Das Jahr 2017 geht zu Ende und ich wünsche mir, dass es für sie erfolgreich war. Lassen sie mich Ihnen schon heute frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr wünschen.



Wir stehen nun in der Mitte der Legislatur. Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Die Reform der Altersvorsorge wie auch die Unternehmenssteuerreform sind gescheitert. Damit sind die zwei grossen Projekte der Legislatur bachab gegangen. Bei der Unternehmersteuerreform werden wir wohl zwangsläufig eine zweite Vorlage bekommen, bei der AHV wird es etwas länger dauern.

Aber es ist auch Zeit persönlich Bilanz zu ziehen. Im aktuellen Sorgenbarometer 2017 ist die grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizer die AHV. Es muss ein glückliches Land sein, das die AHV zu ihrer grössten Sorge macht. Sie kommt jedes Jahr pünktlich, die Teuerung wird ausgeglichen und die Rentnerinnen und Rentner profitieren auch von Lohnsteigerungen. Ja klar, die AHV wird in ein paar Jahre ins Negative drehen. Doch scheint mir diese Gefahr viel, viel kleiner, verglichen mit Griechenland, wo die Renten gekürzt wurden, oder mit Italien, Frankreich oder Spanien, wo die

Renten den ganzen Staat ausbluten lassen. Dass die Schweizerinnen und Schweizer sich um die Zukunft der Rente sorgen, zeigt, dass es uns heute sehr gut geht und dass wir Zeit haben, die Probleme, die sich in der Zukunft stellen, zu lösen. Damit sind wir Schweizerinnen und Schweizer privilegiert. Dessen sollten wir uns bewusst sein, wenn wir über Probleme sprechen.

Leider beschäftigt sich der Rat selten mit der Zukunft. In der ersten Legislaturhälfte hatten wir praktisch in jeder der acht Sessionen Vorstösse, die von der Post oder SBB verlangen, dass sie ihre Schalter offen lassen müssen. Dass es einschneidend ist, wenn in einem fernen Bergtal der Postschalter schliesst, kann ich noch verstehen – auch wenn der Bäcker oder der Volg in diesem Tal sicher wichtiger ist als die Post. Wenn aber in der Stadt ein Schalter geschlossen wird, dann verstehe ich es nicht mehr, wenn sich ein Quartier fast identisch äussert wie eine Randregion. Tatsache ist, dass mich meine Mutter vor 40 Jahren einmal in der Woche auf die Post schickte, um Zahlungen zu machen. Ich habe noch nie ein Kind auf die Post geschickt, um eine Zahlung zu machen. Und dieser Mechanismus führt dazu, dass es weniger Schalter gibt.

Dies ist nur eines der Themen, die wir mit dem Blick in den Rückspiegel behandeln. Gleiche Beispiele kennen wir in der Landwirtschaft, bei Telefonkabinen, bei der Armee usw. Unsere Agenda ist geprägt von Strukturhaltung. Innovationen fordern wir in unseren Sonntagspredigten, aber von Montag bis Freitag setzen wir uns dafür ein, dass sich nichts verändert. Die Mehrheit will die Zukunft verhindern und die Vergangenheit bewahren.

Meine Kinder wollen aber eine Zukunft, sprich, sie brauchen die Chance, zu verändern, was mir lieb ist und mir lieb war. Sie haben ein Recht darauf, ihre Welt zu bauen und nicht überall Heimatschutz anzutreffen. Was wir schützen und erhalten, führt immer dazu, dass unsere Kinder eingeschränkt werden. Selbstverständlich muss das Wichtige erhalten werden. Aber nicht alles, was einem Individuum wichtig ist, muss in die kollektive Erinnerung der Schweiz aufgenommen werden. Unsere Kinder brauchen das Recht, die Post zu gestalten, die sie brauchen, und nicht die Post zu erhalten, die meiner Mutter so wertvolle Dienste leistete. Das Parlament, die Politik muss Freiräume schaffen, wir haben uns genügend eingeschränkt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein erfolgreiches 2018, in dem Sie sich neue Freiräume erkämpfen können.